Morgen-Ausgabe

Berliner Neueste Nachrichten erscheinen 12mal wöchentlich. Die Nummern erhalten 8 Gratisbeilagen: 1. Deutscher Hausfreund, wöchentlich. 2. Die Hausfrau, wöchentlich. 3. Landwirthsch. Nachrichten, mtl. 4. Verloosungsblatt, täglich. 5. Illust. Modeblatt, monatlich. 6. Production- und Gewerbe-Markt-Bericht, wöchentlich. 7. Humoristisches Echo, wöchentlich. 8. Deutscher Rechtsspiegel. Sammlung neuer Gesetze, mtl. Redact.

Redaction und Expedition: Berlin SW, Königgrätzer Straße 41/42

Berliner Neueste Nachrichten

Unparteiische Zeitung

Telegramm-Adresse: Publicatio
Fernsprech-Anschluß: für die Redaction: Amt VI, Nr. 4369
" " Expedition: " VI, " 80

Morgen-Ausgabe

Abonnementspreis pro Quartal:
bei allen Deutschen Post-Anstalten . . Mk. 5.00
in Berlin bei den Spediteuren { wenn 7mal täglich zugestellt Mk. 5.00
frei in's Haus " " " Mk. 4.40

Insertionspreis:
für die 6gespalt. Zeile 40 Pfg., für die 4gespalt. Reklamezeile Mk. 1.25.
Annoncen-Annahme in den Expeditionen: Königgrätzer Str. 41/42, Charlottenstr. 28, Kleinstadt 35, Neue Promenade 6 und durch die Firma Rudolf Mosse hierselbst und deren sämmtliche Filialen.

Nachträgliche Honoraransprüche werden nicht berücksichtigt und unbenutzte Einsendungen nicht aufbewahrt.

16. Jahrg. Nr. 499 Verlag: Deutscher Verlag (Ges. m. b. H.) **Freitag 23. Oktober 1896** Chef-Redakteur: Hugo Jacobi **16. Jahrg. Nr. 499**

Abonnements - Einladung

für die beiden letzten Quartals-Monate November-December werden abonnirt auf die

Berliner Neuesten Nachrichten

nebst ihren 8 Gratis-Beilagen von allen Postanstalten zum Preise von Mk. 3,34, für Berlin und deren Vororte auch von sämmtlichen Zeitungsspeditionen und der unterzeichneten Expedition zum Preise von Mk. 3,40 entgegengenommen.

Der bis dahin erschienene Theil des Romans: **„In die Sonne gehoben"** von Ina von Binzer wird neu hinzutretenden Abonnenten gegen Einsendung der Abonnementsquittung kostenfrei nachgeliefert.

Mitte November folgt der letzte Roman des kürzlich verstorbenen E. v. Wald-Zedtwitz: **„Die rothe Frau"**, ein anmuthiges Werk, das seinem Inhalt nach zu Weihnachten besonders willkommen sein dürfte.

Jedem Abonnenten ist das Recht eingeräumt, Familien-Anzeigen, Dienstboten-Gesuche, Wohnungs-Anzeigen und ähnliche Annoncen, welche die Bedürfnisse des Haushalts betreffen, bis zum Betrage der laufenden Quittung frei zu inseriren, wenn die betreffende Abonnements-Quittung bei Aufgabe des Inserats **sofort** mit eingereicht wird.

Verlag
der **Berliner Neuesten Nachrichten**
Berlin SW., Königgrätzer Straße 41 42.

Politischer Theil

Tages-Uebersicht

Berlin, 22. Oktober

Unter den zahlreichen mehr oder minder begründeten Klagen der preußischen Beamten mittleren Ranges über ungenügende Besoldung scheinen uns die der akademisch gebildeten Lehrer einen besonders berechtigten Anspruch auf Berücksichtigung zu besitzen. Es erklärt sich Mißverhältniß zwischen der Bedeutung, die der höhere Lehrerstand für unsere nationale Zukunft hat, und zwischen deren bisheriger Würdigung" hat Fürst Bismarck in seiner an die Oberlehrer am 8. April 1895 gehaltenen Ansprache bemerkt, und schon zehn Jahre zuvor hat Minister von Goßler durch eine im Namen der Staatsregierung abgegebene Erklärung im Abgeordnetenhause es anerkannt, daß Bildungsgang und Bedeutung des Lehrerstandes diesem ein Anrecht auf Verbesserung seiner Einkünfte gewähren. Ebenso wurde in der bekannten Schulkonferenz, die auf Veranlassung des Kaisers zur Berathung der Normalehrpläne im Jahre 1890 zusammentrat, die Nothwendigkeit einer Erhöhung der Gehaltsbezüge konstatirt. Nur die Beschränktheit der Mittel bildete bis dahin das Hinderniß der Ausführung solcher Forderung. Wenn man in Betracht zieht, daß die lange Vorbereitungszeit auf den Universitäten, die nach den heutigen Anforderungen wie Prof. Lexis in einer im Auftrage des Kultusministeriums abgefaßten Denkschrift nachgewiesen hat, meist 12 Semester und länger erfordert, und daß ferner die dann folgende Zeit der Ausbildung es den Kandidaten erst mit dem 29. Jahre durchschnittlich ermöglichen, die Anstellungsberechtigung zu erwerben, und daß ihnen dann das Höchstgehalt von 4500 Mk. bei 27 Dienstjahren, die Anstellung in der Regel aber erst mit 34,9 Jahren winkt, dann muß man in der That zugeben, daß diese Umstände nichts weniger als ermuthigend und zu freudiger Erfüllung ihres Berufs auf die Lehrer einwirken können. Dr. Heinrich Schröder hat in einer soeben bei Lipsius u. Tischer erschienenen Schrift die zahlenmäßigen Beweise für die statistische Genauigkeit dieser Angaben geliefert und ferner auf Grund derselben gezeigt, daß die Anforderungen des Amtes so aufreibend auf die körperlichen Kräfte wirken, daß das Höchstgehalt von den meisten nicht mehr erreicht wird: denn im Durchschnitt schieden nach den Erhebungen, die sich auf die beiden letzten Jahre beziehen, die Oberlehrer im Alter von 56,8 Jahren, die Direktoren von 62,6 Jahren aus dem Amte. Da nun die Anstellungsfähigkeit im Alter von 29 Jahren erworben wird, das „Höchstgehalt" also im Alter von 63,9 Jahren vorausgesetzt, so ergiebt sich, daß die Erlangung dieser höchsten Stufe nur ein ausnahmsweise vorkommender Fall ist.

Wir wollen nicht auf die Vergleichung, die der Verfasser mit den analogen Verhältnissen der Assessoren und Richter anstellt, näher eingehen, weil wir der Ansicht sind, daß einer derartigen Methode doch nur eine sehr anfechtbare Beweiskraft beiwohnt. Dagegen können wir dem Verfasser darin rückhaltlos beipflichten, daß die Philologen auch ohne die Heranziehung von Parallelen aus anderen Berufsarten schlechter gestellt sind, als es die an sich mühevolle und langwierige, dabei auch wegen der langen Wartezeit (6 Jahre 10 Monate 1892/93, 8¼ Jahre in 1895) bis zur Anstellung kostspielige Vorbereitung für das Amt billig erscheinen läßt. Wie überall in den akademischen Berufszweigen herrscht auch hier eine starke Ueberfüllung, die zur Folge hat, daß bedeutend mehr Kräfte zur Verfügung stehen, als verwendet werden können. Während der Bedarf jährlich 214 beträgt, waren in diesem Jahre 1454 anstellungsberechtigte Anwärter, 157 Probekandidaten und 186 Seminarkandidaten vorhanden: im nächsten Jahre würden also Anstellungsberechtigte 1413 vorhanden sein, das heißt, dieselben müßten nahezu 7 Jahre auf Berücksichtigung warten. Mit gutem Grunde, wie uns bedünkt, beklagt Dr. Schröder mit vielen seiner Kollegen die hemmenden Einflüsse des Instituts der Hilfslehrer, die eine besondere Berufsklasse bilden und ein Gehalt zwischen 1500 und 1800 Mark beziehen durch zahlreiche Einschiebung aber den Anstellungsfähigen die Chancen verringern. Es ist daher vor allen Dingen darauf hinzuwirken, daß dieser Nothbehelf noch mehr als bisher eingeschränkt wird, obschon durch den Kultusminister neuerdings die Anordnung getroffen ist, daß auf 13 Oberlehrer nur je ein Hilfslehrer angestellt werden soll. Ferner erscheint auch eine Abkürzung der Vorbereitungszeit durch Ermäßigung der wissenschaftlichen Examensbedingungen als eine billige Forderung.

Da dem Philologen keine andere Lebenslaufbahn offen steht als die als Beamter an öffentlichen Anstalten, so hat er auch keine Ausweichen, die ihm die allzulange Wartezeit sich nach einer anderen Stellung umsuthun, er ist in seine Geleise festgebannt. Es klingt daher glaubhaft, wenn die Verfasser der oben genannten Schrift von einer wahrhaften Verzweiflung der Philologen über die gegenwärtigen traurigen Verhältnisse spricht und es bestätigt, daß die Lehrer, deren Beruf sie früher durchaus befriedigt machte, als z. B. die Richter der Hilfslehrer, die eine besondere Berufsklasse bilden und ein Gehalt zwischen 1500 und 1800 Mark beziehen durch zahlreiche Einschiebung aber den Anstellungsfähigen die Chancen verringern. Es ist daher vor allen Dingen darauf hinzuwirken, daß dieser Nothbehelf noch mehr als bisher eingeschränkt wird, obschon durch den Kultusminister neuerdings die Anordnung getroffen ist, daß auf 13 Oberlehrer nur je ein Hilfslehrer angestellt werden soll. Ferner erscheint auch eine Abkürzung der Vorbereitungszeit durch Ermäßigung der wissenschaftlichen Examensbedingungen als eine billige Forderung.

Da dem Philologen keine andere Lebenslaufbahn offen steht als die als Beamter an öffentlichen Anstalten, so hat er auch keine Ausweichen, die ihm die allzulange Wartezeit sich nach einer anderen Stellung umsuthun, er ist in seine Geleise festgebannt. Es klingt daher glaubhaft, wenn die Verfasser der oben genannten Schrift von einer wahrhaften Verzweiflung der Philologen über die gegenwärtigen traurigen Verhältnisse spricht und es bestätigt, daß die Lehrer, deren Beruf sie früher durchaus befriedigt machte, als z. B. die Richter der Hilfslehrer, die eine besondere Berufsklasse bilden und ein Gehalt zwischen 1500 und 1800 Mark beziehen durch zahlreiche Einschiebung aber den Anstellungsfähigen die Chancen verringern. Es ist daher vor allen Dingen darauf hinzuwirken, daß dieser Nothbehelf noch mehr als bisher eingeschränkt wird, obschon durch den Kultusminister neuerdings die Anordnung getroffen ist, daß auf 13 Oberlehrer nur je ein Hilfslehrer angestellt werden soll. Ferner erscheint auch eine Abkürzung der Vorbereitungszeit durch Ermäßigung der wissenschaftlichen Examensbedingungen als eine billige Forderung.

„Nach einem Ministerialerlaß vom 22. Mai d. Js. — so heißt es darüber — haben die Städte das Recht, neben den wissenschaftlichen Hilfslehrern zu verlangen, daß sie ihnen gegen eine Vergütung von monatlich 125 Mk. (also unter dem Selbstkostenpreise; denn dann kann ein wissenschaftlicher Hilfslehrer ebensowenig existiren wie ein Kürschner) aus jeder Verlegenheit helfen, in die sie durch längere Erkrankung von Lehrern oder durch andere Umstände kommen können. Eine Weigerung des Kandidaten, zu der dieser doch nur kommen kann, wenn er sein eigenes Interesse, namentlich pekuniärer Art, durch die Annahme des Kommissoriums beeinträchtigt glaubt, kann die sehr empfindliche Strafe der Zurücksetzung in der Anciennetät um ein halbes Jahr, im Wiederholungsfalle sogar die Streichung aus der Anciennetätsliste nach sich ziehen.

Hiernach haben also die Städte den wissenschaftlichen Hilfslehrern gegenüber dasselbe Recht erhalten, wie es der Staat für sich in Anspruch nimmt. Gleiche Rechte ziehen aber auch gleiche Pflichten nach sich. Die Städte sollen daher von der Regierung auch angehalten werden, bei der Beschäftigung wissenschaftlicher Hilfslehrer dasselbe Verhältniß zu beobachten wie der Staat, d. h. erst auf 13 Oberlehrer einen Hilfslehrer wahrhaftig ist. Es würde dann in Berlin ca. 100 neue Oberlehrerstellen schaffen müssen, in den meisten übrigen Städten wäre es ähnlich so, und eine Ursache der Ueberfüllung der höheren Lehrerlaufbahn wäre damit zum Theil wenigstens aus der Welt geschafft."

Bei den derzeitigen unpünstigen Aussichten für Philologen sollte aber auch die Regierung das Ihre thun, um von der Ermöthung dieser Laufbahn zunächst abzuraten. Nur dann, wenn den Eltern die Schwierigkeiten zur Erlangung einer Anstellung völlig klar vor Augen gehalten werden, wird der Zufluß sich verringern. Daß die Lehrer selbst in dieser Richtung mit Erfolg auf ihre eigenen Söhne einwirken, beweist der Umstand, daß während fast in allen andern akademischen Berufszweigen die Söhne den Beruf des Vaters am zahlreichsten erwählen, die der Philologen das kleinste Kontingent dazu stellen. Ein augenfälliger Beweis dafür, daß der Beruf kennt, ihn unter den jetzigen Verhältnissen zu fliehen sucht.

Der „Staatsanzeiger" veröffentlicht folgende Verfügung der Minister für Landwirthschaft, Domänen und Forsten, des Innern und für Handel und Gewerbe, betreffend die Errichtung eines Versicherungsbeirats.

§ 1. Zur beiräthlichen Mitwirkung in versicherungstechnischen Fragen wird ein aus Sachverständigen im Versicherungswesen bestehender Versicherungsbeirath errichtet. Die Mitglieder und Stellvertreter werden von den Ministern für Landwirthschaft, Domänen und Forsten, des Innern und für Handel und Gewerbe auf drei Jahre ernannt. Die Zahl der Mitglieder und der Stellvertreter wird von den Ressort-Ministern bestimmt, denen es überlassen bleibt, in geeigneten Fällen besondere Sachverständige zu den Berathungen des Versicherungsbeiraths oder der Ausschüsse zuzuziehen.

§ 2. Die Mitglieder des Versicherungsbeiraths versehen ihr Amt als Ehrenamt.

§ 3. Der Versicherungsbeirath tritt unter dem Vorsitz eines Kommissars des Ministers des Innern sowie unter Zuziehung von Kommissarien der Ressort-Minister und des im Ministerium des Innern angestellten versicherungstechnischen Beamten zur Bearbeitung der Versicherungsangelegenheiten zu Hauptversammlungen zusammen. Die Berufung erfolgt durch den Minister des Innern.

§ 4. Der Versicherungsbeirath hat sein Gutachten abzugeben über alle Angelegenheiten, welche ihm von den Ressort-Ministern überwiesen werden. Auch kann er in Versicherungsstreitsachen von den zur Entscheidung des Streits berufenen Behörden um Erstattung von Gutachten ersucht werden. Er ist befugt, in Versicherungsangelegenheiten Anträge an die Ressort-Minister zu stellen und über Anträge seiner Mitglieder Beschluß zu fassen.

Der Geschäftsgang wird durch eine Geschäftsordnung geregelt.

§ 5. Der Versicherungsbeirath ist befugt, mit Genehmigung der Ressort-Minister aus seiner Mitte für die Bearbeitung der einzelnen Zweige des Versicherungswesens besondere Ausschüsse zu wählen, denen die Bearbeitung einzelner Fragen für die Hauptversammlung übertragen werden kann. Diese Ausschüsse können auch außerhalb der Sitzungen der Hauptversammlung von den Ressort-Ministern um ihr Gutachten in einzelnen Angelegenheiten ersucht werden.

Berlin, den 13. Oktober 1896.

Die Minister

für Landwirthschaft ꝛc.	des Innern.	für Handel u. Gewerbe.
Frhr. von Hammerstein.	Frhr. von der Recke.	Brefeld.

Der Umstand, daß die Kaiserin von Rußland ihren Gemahl nicht nach Wiesbaden zum Besuche unseres Kaiserpaares begleitet hat, findet im „Rhein. Cour." die folgende, angeblich aus bester Quelle kommende Erläuterung: Danach haben sowohl die Kaiserin von Rußland wie die Großherzogin von Hessen den Kaiser Wilhelm bei seinem Besuche in Darmstadt gebeten, mit Rücksicht auf ihre Ermüdung von einer Begleitung des Kaisers Nikolaus bei seinem heutigen Besuche in Wiesbaden Abstand nehmen zu dürfen. Gestern sei auch zwischen den beiden Kaisern die kurze Dauer des heutigen Besuches des Kaisers Nikolaus festgesetzt worden, weil Kaiser Wilhelm gewünscht habe, den erforderlichen der Ruhe so sehr bedürftigen Zaren nicht für längere Zeit seiner Erholung in Darmstadt zu entziehen. Eine „homogenstelle russische Persönlichkeit", die an der Tafel im Königlichen Schlosse in Wiesbaden theilgenommen hat, versicherte einem Mitarbeiter des genannten Blattes, daß das Einvernehmen der beiden Kaiser das denkbar günstigste sei. Die Frage, ob man der heutigen Kaiserbegegnung wohl eine politische Bedeutung beimessen dürfte, habe derselbe zunächst mit einer längeren Beleuchtung des Verhältnisses zwischen Rußland und Deutschland beantwortet und dabei bemerkt:

„Wir stehen Deutschland mit den freundschaftlichsten Gefühlen gegenüber. Von Deutschland droht uns kein Krieg, auch nicht von Oesterreich, aber Oesterreich wird beherrscht von den Ungarn und einige hitzige ungarische Magnatenköpfe können einen Krieg heraufbeschwören. Eine Gefahr erblicken wir auch in der unverkennbaren Feindschaft des deutschen Zentrums-Partei. War schon unter Kaiser Wilhelm I. der Einfluß der ultramontanen Partei, speziell katholisch-polnischer Kreise, ein so großer, daß er bis an die höchsten Stellen reichte und daß um eines Haares Breite selbst Fürst Bismarck damals gestürzt worden wäre, so muß man sich ernstlich fragen, wohin diese Partei es treiben kann. So ist in Folge des Dreibundes ein Zwiespalt entstanden, der über seine aggressiven Tendenzen verfolgt. Das innige Verhältniß zwischen dem russischen und dem deutschen Kaiser hat sich namentlich bei der heutigen Tafel gezeigt. Ich habe die beiden Kaiser niemals anders zu herzlich miteinander verkehren sehen als heute bei der Tafel. Es zeigte sich auch nicht die leiseste Spur einer Verstimmung .... Wenn auch der heutige Besuch des Kaisers Nikolaus nur ein Familienbesuch ist, so bedeutet er doch, das können Sie ruhig der Welt verkünden: Frieden, Frieden, Frieden."

Die Betonung der wachsenden Macht des Zentrums und des katholisch-polnischen Einflusses aus russischem Munde ist von nicht geringer Bedeutung. Es soll damit zweifellos angedeutet werden, daß je stärker dieser Einfluß wird, desto mehr die Gefahr wächst, Deutschland den Zwecken einer spezifisch österreichischen, durch die Stellung der Polen in Oesterreich stark beeinflußten Politik wieder dienstbar werden zu sehen, als dies seit 1866 der Fall war. Somit erscheint der katholische Einfluß als ein neues Moment in der russisch-französischen Entente, wie er auch für die entgegenkommende Haltung an die Wünsche des Papstes in Bezug auf die katholische Kirche in Polen nicht ohne Belang ist.

Mit Rücksicht darauf, daß mit dem Entwurfe des Staatshaushaltsplanes für 1897/98 die Beamtenbesoldungserhöhungen zur Vorlage gelangen sollen und in Folge dessen die Etatsvorchandlungen sich schwieriger gestalten und längere Zeit in Anspruch nehmen dürften, als dies sonst der Fall ist, liegt es, den „Berl. Pol. Nachr." zufolge, in der Absicht, den Etat dem Abgeordnetenhause unmittelbar bei seinem Wiederzusammentritt nach der Weihnachtspause, welcher bald nach dem 6. Januar in Aussicht zu nehmen wäre, vorzulegen. Um diese Absicht mit Sicherheit verwirklichen zu können, ist der Termin, zu welchem die druckreifen Spezialetats dem Finanzministerium einzuliefern sind, in diesem Jahre ausnahmsweise vom 10. Dezember auf den 1. Dezember vorgerückt worden.

Was die Form, in welcher die Besoldungserhöhungen im Etatsentwurf zur Erscheinung zu bringen sein werden, anlangt, so wird voraussichtlich an die Vorgänge von 1873 und 1890 anzuknüpfen sein. Danach ist zunächst der Gesammtbetrag des Bedarfs für die Besoldungserhöhungen in einer Pauschsumme aufgebracht worden; der Gedanke, davon abweichend die neuen Gehaltsätze bereits im Einzelnen in den Etat aufzunehmen, beruhte auf der inzwischen hinfällig gewordenen Voraussetzung, daß es möglich sein werde, vor Weihnachten ein materielles Einverständniß mit dem Landtage über die Einzelheiten der Beamtenbesoldungserhöhungen zu erzielen.

Ein kleines russisches Volksblatt, der „Sion Otetschestwa" („Sohn des Vaterlandes"), hält trotz der bereits erfolgten Dementis an der Behauptung fest, daß zur Beilegung der schwebenden deutsch-russischen Zolldifferenzen eine Zusammenkunft von Delegirten der beiden betheiligten Staaten in Aussicht genommen sei, bisher aber habe unterbleiben müssen, weil gewisse Kreise hüben und drüben ein Interesse daran haben, durch fortgesetzte Schürung der Unzufriedenheit die wirthschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland in gespanntem Zustande zu erhalten. — Die Information des Blättchens dürfte schwerlich richtig sein.

Die „Nowoje Wremja" veröffentlicht in ihrer heute eingetroffenen Nummer einen in gehässigem Tone gehaltenen Artikel gegen die angeblichen Erschwerungen des Imports russischer Waaren nach Deutschland und meint zum Schluß, daß, falls die deutsche Grenze für die russischen Gänse gesperrt werden sollte, Rußland unbedingt mit irgend welchen zollpolitischen Repressalien werde antworten müssen; der Wortlaut des Handelsvertrages sei freilich zu respektiren, obgleich von russischer Seite erhebliche Abänderungen des Vertrages gewünscht werden könnten.

Die in unserem heutigen Abendblatt mitgetheilte Korrespondenz der „N. Fr. Presse" aus Athen über den bevorstehenden Besuch des Königs von Griechenland in Wien scheint bisher, da sie noch während seines Aufenthalts in Paris veröffentlicht wurde, unbequem gewesen zu sein, denn er ließ den Inhalt derselben im „Temps" durch seinen Flügeladjutanten, den Obersten v. Reinecl, dementiren. Dieser erklärte einem Redakteur des genannten Pariser Blattes (der ihm die betreffende Korrespondenz vorgelegt hatte), „daß derselben kein Glauben zu schenken sei". Die bevorstehende Reise des Königs nach Wien habe keine politische Bedeutung, und wenn er dem Kaiser Franz Joseph, wie jetzt dem Präsidenten der Republik einen Besuch abstatte, so sei das ein Akt reiner Höflichkeit. Der Hauptzweck der Reise sei den König, sich unterwegs auszuruhen und seine Gemahlin, die Herzogin von Cumberland, wiederzusehen. Wahrscheinlich wird nach der Ankunft des Königs von Griechenland in Wien dieses Dementi seine Giltigkeit verloren haben.

Neue armenische Vorfälle

Aus Konstantinopel, 19. Oktober, wird uns geschrieben:

Gestern, Sonntag, den 18. d. Mts., ist gegen Abend in dem soit ausschließlich von Armeniern bewohnten Vororte Pankalti im Dorfe des bei der Hohen Pforte beglaubigten Advokaten Colosian, ebenfalls Armenier, eine Mordthat verübt worden, über welche zwei Versionen umlaufen. Welche die richtige ist, läßt sich im Augenblick noch nicht feststellen. In jedem Falle aber erscheint die Angelegenheit von ernster Perspektive für die Zukunft. Thatsache ist zunächst, daß

Feuilleton

Major v. Wißmann über Deutsch-Ostafrika

Der Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Herr Major Dr. v. Wißmann, verbreitete sich am Mittwoch Abend im Wissenschaftrathe vor der internationalen Vereinigung für vergleichende Rechtswissenschaft und Volkswirthschaft in Berlin in eingehender Weise über die wirthschaftlichen Verhältnisse in Deutsch-Ostafrika. Er ging zunächst ein auf die ganze Art und Weise, wie wir kolonisiren und knüpfte daran an eine im Reichsrath gefallene Bemerkung an, welche unsere Kolonisation als „nervös behende" bezeichnet, die der ganzen Sache nur schaden kann. Allerdings ist es richtig, daß eine langsame Entwickelung dem Wesen der Schwarzen durchaus angemessen ist, wir sind aber in dieser Beziehung zu einer Beschleunigung gezwungen, Gegenüber anderen Ländern sind wir auch insofern im Nachtheil, als in Deutschland leider das Kapital, welches zur Verfügung steht, durchaus nicht Stand hält mit den Anforderungen, die an die Kolonialverwaltung gestellt werden. Bei seiner großen Reise durch Indien hat Vortragender auch die großen Weizenfelder des Ganges besichtigt. Er gewann den Eindruck, daß wir in Ostafrika mehr leisten könnten, wenn wir eine ebenso gute Bevölkerung zur Verfügung hätten. Der Ostafrikaner ist nur weit weniger intelligent als der Inder. Dazu kommt die geringe Bevölkerungsdichte und die große Bedürfnißlosigkeit des Negers. Eine Vermehrung der Bevölkerung wird sich mit der Zeit wohl erreichen lassen, schon durch Verhinderung der früheren blutigen Kriege zwischen den einzelnen Stämmen und des Sklavenraubes. Die Sklavenjagden brachten stets Hungersnoth, dieke endemische Pocken und andere Krankheiten, die zur Entvölkerung führten. An der letzteren trägt auch der Kindermord einen Theil der Schuld. Dieser, eine Folge kruselstens Aberglaubens, ist leider bei einigen Stämmen noch sehr verbreitet und wird besonders bei den Waseramo sehr verherrend. Durch Anfiedelung von indischen Ackerbauern, die außerordentlich fleißig und bedürfnißlos sind, vielleicht auch malayischen Kulis, würde sicher manches zu erreichen sein. Neben der mangelnden Intelligenz ist das schlimmste Uebel die Arbeitslosigkeit des Negers, die durch seine große Bedürfnißlosigkeit noch bestärkt wird. Arbeit ist bei ihm so bekannt, daß es eben so bis zur nächsten Ernte reicht und nicht für vier Kupies verdient er in dieser Zeit mehr. Wir müssen deshalb darauf bedacht sein, den Neger zur Arbeit zu zwingen. Ein Mittel hierzu wäre eine direkte Besteuerung, denn sie würde der Faulheit des Negers am meisten zu Leibe gehen. Außerdem haben die Leute für eine direkte Besteuerung am ehesten Verständniß, weil es sich dabei nur um eine Steuer: Kopf-, Haus- oder Herdsteuer handelt. Der Neger, Neger ist, weiß Inder wissen sehr genau, daß wir sie schützen. Sie erkennen deshalb auch sehr wohl an, daß eine Gegenleistung gerechtfertigt ist. Für Gebäude und Reinen hat besonders der Neger ein sehr fein ausgebildetes Gefühl. Die Durchführung einer solchen Steuer würde allerdings die ganze Kraft der Verwaltung in Anspruch nehmen. Man müßte mit ihrer Einführung von der Küste aus beginnen und dann eine durchzusetzende Quantität von Arbeitern Ausschuß Ein- und eingeborenen Autoritäten, der Häuptlinge, schaffen. Was die Höhe der Besteuerung anlangt, so wären am höchsten die Zuber, demnächst die Araber, am geringsten die Neger zu besteuern. Der Neger ist nicht geizig, er ist das einzige Mittel zur Erziehung des Negers. Der weitaus größere Theil der Bevölkerung, die Bantu, sind von leichtem, oberflächlichem Charakter. Deshalb wird man sie, bevor man ihnen das Kompelliren zeigt, erst durch Arbeit zu einem gewissen Ernst erziehen müssen. In den letzten Jahren ist auf vielen Missionen auch schon in diesem Sinne gearbeitet worden. Auch die wirthschaftliche Seite der Besteuerung ist nicht gering anzuschlagen. Will der Neger in Naturalien zahlen, so werden Aufkäufer entstehen und das belebt den Handel. Der Neger aber wird allmählich ganz von selbst zur rationelleren Bebauung übergehen, er wird auch bessere Kulturpflanzen einführen, weil er dabei eher zu seinem Gelde kommt, als durch Bau von Mais, Sorghum, Kartoffel u. dergl. Auch der Viehzucht wird er sich mehr zuwenden und damit zu deren Hebung beitragen. Mit der Neger die Steuer in Geld entrichten, so muß er dies als Plantagenarbeiter oder durch Arbeiten für's Gouvernement aufbringen. Er wird sich also auch der wirthschaftlich nutzbringend erweisen. Wie gesagt, die Steuer ist das einzige Mittel zur Erziehung des Negers, wenn man nicht so lange warten will, bis die Kultur von der Küste aus eindringt, und das kann sehr lange dauern. Die Versuche, welche die Portugiesen und Engländer mit der Kopfsteuer machten, haben bereits den außerordentlichen Nutzen derselben dargethan. Im Nyassa-Gebiet sind die großen Märkte durch diese Maßnahmen mächtig und mehr bevölkert worden. Die Kopfsteuer würde auch von Einfluß sein auf die oft mit Schrecken genannte Arbeiterfrage. Es fehlt dem Neger an Nachhaltigkeit und deshalb sind die Arbeitsbedingungen so ungünstig. Die Versuche, besten Plantagen ziehen noch heute als Vorarbeiter Kulis, Chinesen oder Malayen heran. Bei der Arbeiterfrage sei gleich noch der Versuch mit deutschen Kolonisten besprochen. Man kann sagen, daß die Kolonisten, die heute nach Afrika einen Fußbreit gesunder Erde giebt und deshalb wäre es auch zunächst verfehlt, Versuche mit deutschen Landwirthen anzustellen. Würde man 50 deutsche Bauern dort ansiedeln und wirklich Bauernwirthschaft treiben, so würde man das mit Recht im Reichstag zu Interpellationen führen und Herr Richter würde dann sagen: „Nun weiß ich doch, wozu Deutschland Kolonien hat! Damit wir unsere Mitbürger dort begraben können!" Es ist ein besseres Verfahren, zu mitiel, vor allen Dingen Eisenbahnen, so steht die Sache schon anders, da wir dann in der Lage sind, europäische Kolonisten schnell über die gesäuberten Gebiete hinweg in die gesunderen Höhenlagen zu bringen. Die Plantagengebiete sind leider durchaus nicht so ausgedehnt, wie man es wünschen möchte. Neben Usambara, dem am meisten herangezogenen Plantagenbezirk sind für Plantagenbau geeignet noch besonders das Delta des Rufidji und einige Flußniederungen, daneben kleinere Theile des Küstenstriches, den Herr v. Wißmann übrigens durchaus nicht für so außerordentlich günstig hält, wie viele andere. Zu Usambara hat sich ausgezeichnet bewährt der Kaffee, der hier in einer ganz vorzüglichen Qualität gedeiht und in Hamburg deshalb auch gute Preise erzielte. Dagegen kann die Probe mit Tabak als durchgefallen gelten. Am Rufidji-Delta, das etwa 15—20 deutsche Meilen im Umfang hat und sehr weit ins Innere geht, ist auf der dortigen Versuchsplantage für Tabak indessen ein außerordentlich feines Deckblatt gewonnen worden. Die Versuche werden deshalb fortgesetzt werden, da nach diesem Ergebniß die Tabakkultur in der Rufidji-Niederung doch Vieles zu versprechen scheint. Der Tabak, der dem Kaiser Wilhelm I. so gut schmeckt, liegt ist ausschließlich in den Händen der Inder. Mit diesen aber kann der Europäer, wenigstens was den Kleinhandel anbetrifft, nicht in Wettbewerb treten, weil die Bedürfnißlosigkeit des Inders eine zu große ist. Was den Kaffeebau anbelangt, so wird dieser, soweit er das Eisenbahn betrifft, mehr und mehr durch den Kongoplant abgelenkt. Viel zu gränen brauchen wir uns deshalb nicht, denn dem Karawanenhandel wird so wie so bald durch die neuen Kulturen das Lebensblut ausgeblasen. Diese, die von der Küste über Tabora schließlich zum Vittoria und Tanganjika führen soll, wird hoffentlich im nächsten Jahre in Angriff genommen. Elfenbein ist überdies so rar, daß es nicht mehr viel zu bedeuten. Der Elephant kommt nur in der Massaisteppe vor und ist auch hier nur Wechselwild. Seine wirkliche Heimath und sein Zufluchtsort sind die unermeßlichen Wälder des Kongos, von denen Stanley erzählt, daß er hier in einem Jahre die Sonne nicht gesehen. Eine weit bessere Hoffnung erwächst dem Handel, wenn man die großen Kohlenlager ausbeuten kann. Daß thatsächlich gewaltige Kohlenlager vorhanden sind, ist erfreulich, man weiß aber nur noch nicht, wie weit dieselben fähig sind. Gold ist ebenfalls gefunden, allerdings nur in winzigen Mengen. Diese Goldlager streichen hernunter bis zum Zambesi, und es bleibt zu hoffen, daß auch wir von dem Reichthum Südafrikas etwas abbekommen haben. Dann käme in Betracht die Ausbeutung der Wälder. Urwald giebt es nur im Nordwesten. Aber Wälder mit sehr schönen Hölzern sind viel vorhanden; so gedeiht in der Rufidji-Niederung, Mangrove in großer Stärke. Dieses ist aber ganz besonders wertvoll, weil es das einzige ist, das dem Termitenfraß widersteht. Durch die Verausgabung von Erlaubnißscheinen zum Schlagen dieses Holzes hat das Gouvernement schon ganz hübsche Einnahmen erzielt. Der Viehzucht steht bei rationeller Behandlung eine große Zukunft bevor. Wenn in einer Sitzung der ostafrikanischen Gesellschaft behauptet wurde, es sei mit der Viehzucht in Ostafrika nichts zu wollen, so ist dieses den Thatsachen durchaus widersprechende Urtheil wohl nur durch die augenblicklich gerade äußerst ungünstigen Verhältnisse gezeitigt worden. Durch die Viehseuche, die 1890 ihren